



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, Georg: Mitteleuropa : eine Bücherbesprechung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Mittleuropa

Eine Bücherbesprechung

Von Georg Kleinow



on zahlreichen Deutschen lebhaft begrüßt, von ganzen Parteigruppen bekämpft, aber nur von wenigen Menschen in seinem vollen realen Wert erfaßt, hat der geographisch-politische Begriff Mittleuropa Eingang in unsere Sprache gefunden, wie etwas ganz Selbstverständliches. Den meisten ist Mittleuropa vertraut als Kartenbild, an dessen rechter und linker Seite die deutschen und anderen Schützengräben entlang laufen. Vielen hunderttausend Männern verbindet sich damit die Erinnerung an eine fünf- bis sechstägige ununterbrochene Eisenbahnfahrt ohne Paß- und Zollrevision, die sie von Flandern nach Bukarest oder von Mazedonien nach Kurland geführt hat. Einige Auserwählte sind im Balkanzuge von Berlin nach Konstantinopel gereist und für die ist dann schon ebenso wie für die ehemalige Internationale Schlafwagen-Betriebsgesellschaft das Wort zu der geschmacklosen Bildung Mitropa zusammengeschmolzen. Aber was Mittleuropa bedeutet und unter gewissen Voraussetzungen bedeuten könnte für jeden einzelnen von uns, für jeden Volksstamm, der zwischen Nordsee und Bosphorus um sein Dasein ringt, für die einzelnen Gewerbe ebenso wie für die Staaten und nationalen Kulturen, davon haben sich, wie schon gesagt, bisher nur ganz vereinzelte Persönlichkeiten eine feste Vorstellung gemacht. Selbst die Schriftleitung des Fachblattes „Mittleuropa“ kann unmöglich dem Kern der Sache nähergekommen sein, — andernfalls würde sie nicht unter der schönen Flagge fast ausschließlich Besprechungen, Nachrichten und anderes über die polnischen Dinge bringen. Die Polenfrage ist doch noch nur ein Teil des mitteleuropäischen Problems und zwar ein Teil zweiter, wenn nicht dritter Ordnung, wenn auch gewisse Kreise sie gestiffenlich in den Vordergrund drängen.

Über Mittleuropa geographisch braucht nicht gehandelt zu werden; der geographische Begriff ist in unserem Zusammenhange unerheblich, da er sich mit den wirtschafts- und staatspolitischen Begriffen durchaus nicht zu decken braucht. Unser politisches Ziel unter der Flagge Mittleuropa wäre z. B. schon lebensfähig gemacht,

wenn nur Deutschland und Osterreich-Ungarn eine Art Zollverein miteinander eingingen, und es könnte sich unter Umständen als schwer gefährdet erweisen, wenn sich außer den genannten Staaten noch Bulgarien, Rumänien, Polen, die Schweiz, Belgien und Holland zusammenschließen, also das gesamte geographische Mitteleuropa.

Mitteleuropa ist vor allen Dingen ein wirtschafts-politischer Begriff, der anknüpft an die Bestrebungen des alten Zollvereins und getragen wird von der durch den Krieg geweckten Erkenntnis, daß weder das Deutsche Reich, noch die Habsburgische Monarchie jedes für sich befähigt sind, im Wirtschaftskampf der Völker des Erdballes auf die Dauer zu bestehen und ihre Selbständigkeit zu bewahren. Um diesen realen Kern winden sich mehr oder weniger ideelle Wünsche und Bestrebungen der Völker und Fürsten, der Nationalitäten und Gewerbe, der Finanzmächte und Kulturvereine. Jedes strebt die Verbreiterung seiner Wirtschaftsgrundlage an, um an den weltwirtschaftlichen Möglichkeiten um so mehr beteiligt zu werden, sei es auf Kosten, sei es mit Hilfe des nächsten Nachbarn. Dementsprechend gibt es auch gerade unter den an der Weltwirtschaft bereits stark Beteiligten Gegner der Mitteleuropa-Politik, da genug wirtschaftliche und kulturelle Kreise durchaus zutreffend erkennen, daß dies Mitteleuropa von ihnen viele Entfagung und manchen Verzicht fordern wird, ohne ausreichende Gegenleistung. — Wir sind „Mitteleuropäer“ aus einem tiefempfundenen Freiheitsdrange heraus. Die Erde, die Gott den Menschen zur Besiedlung und Nutzung übergeben hat, sollte frei sein von allen künstlichen Schranken, die wir aufzurichten noch gezwungen sind, um die Niederlegung der natürlichen durchzuführen zu können. Auf dem Wege dahin liegt die Bildung der Weltreiche, der Zusammenschluß der Einzelstaaten zu Bundesgebieten. Je freier sich der Warenverkehr von allen Zoll- und Tarifhemmungen vollziehen kann, um so näher kommen wir auch dem großen Augenblick, wo der Mensch als Herr der Erde überall auf ihr sich wird tummeln können, ohne darin durch andere Menschen behindert zu werden.

Es gibt leider kein Buch oder, um mich vorsichtiger auszudrücken: ich kenne kein Buch, das das mitteleuropäische Problem so klar zur Darstellung brächte, um es als Leitfaden zur Einführung allein giltig zu empfehlen. Eine Zeitlang habe ich Friedrich Naumanns Schrift „Mitteleuropa“, Berlin 1915, Druck und Verlag von Georg Neimer, für eine Arbeit gehalten, die diesem Anspruch gerecht wird, bin aber davon zurückgekommen, nachdem ich mich durch einen Berg von mehreren Duzend Büchern und Heften hindurchgelesen habe. Naumann ist als Einführung sogar völlig ungeeignet. Seine Darstellung verwirrt mehr, als sie klärt. Unbequeme Teilfragen übergeht er mit einigen glatten Sätzen. Schön, dichterisch schön geschrieben, wirkt, wie alles, was Naumann veröffentlichte, auch sein Mitteleuropa ästhetisch angenehm. Damit aber ist der Nutzen der Schrift erschöpft. Man erkennt wohl das Ideal, zu dem er strebt, aber nicht den Weg, um es erreichen zu können. Naumann lenkt die durch ihn angeregte Phantasie auf Irrwege und weit über das erstrebenswerte Ziel hinaus; er läßt den Leser sündig werden, dann überläßt er ihn der Not! Der Vorzug von Naumanns „Mitteleuropa“ liegt auf einem anderen Gebiet: es versetzt die Masse der un-kritischen Leser in den optimistischen Glauben, als seien die inneren Widerstände und Gegensätze in Mitteleuropa so geringfügig, daß es nur des Willens der Regierenden bedürfe, um dem Ideal zum Siege zu verhelfen. Dadurch wird die für

die Durchführung großer Dinge im Völkerleben notwendige Stimmung erzeugt, mit der schließlich energische Führer die Probleme der Menschheit zu lösen wissen. Ob das Jahr 1915 schon den Zeitpunkt brachte, um eine solche Stimmung zu erzeugen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen!

Noch gehörte die Stunde der wissenschaftlichen Durchdringung des Problems und unsere Gelehrten brauchen, wie auch die schwere Zeit der Kriegsnot erneut lehrte, keiner künstlichen Aufpeitschung ihres Forschungseifers. Auch um unser Problem ist eine tiefgründige wissenschaftliche Literatur entstanden, von der noch die Rede sein soll, da eine Einführung in das Problem selbst das dreibändige Werk des Vereins für Sozialpolitik nicht ist, das unter Heinrich Herkners sachkundiger Leitung von den bedeutendsten deutschen Nationalökonomen herausgegeben wurde (Dunder u. Humblot, München) und das Problem unter Beschränkung auf die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten in mehreren wissenschaftlich tief durchgearbeiteten Aufsätzen angreift. Es wendet sich an solche Leser, die das Problem als Ganzes bereits überschauen und wissenschaftliche Aufklärung in Einzelfragen suchen.

Mir hat, nachdem ich Raumann und einige Einzelaufsätze zur Frage gelesen hatte, ohne Klarheit zu gewinnen, die Schrift von Dr. Erich Pistor, Sekretär der Wiener Handelskammer, die „Volkswirtschaft Österreich-Ungarns und die Verständigung mit Deutschland“, X u. 175 Seiten stark, Berlin 1915, Druck und Verlag von Georg Reimer, den Weg zur gewünschten Einführung gewiesen. Man lese zweckmäßig zuerst das letzte „Die Zukunft“ überschriebene Kapitel (S. 130—175) und greife dann zurück auf den Anfang, auf die Abschnitte Land, Leute, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, die wichtigsten Bilanzen. Aus diesen Stichworten erkennt der Leser schon, daß Herr Pistor an das Problem von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus herantritt. Es sind habsburgische Sorgen, die dem Autor die Feder führen. „In Österreich-Ungarn muß . . . baldigst ungleich mehr als bisher der Drang nach der Welt zur Betätigung gelangen, es muß zur vollwertigen Mitarbeit gebracht werden, soll nicht der richtige Zeitpunkt auf immer versäumt werden.“ (S. 133). Seine Schrift will, wie Pistor selbst sagt, „die Machtentfaltung des habsburgisch-lothringischen Herrscherhauses“; „die endliche vollständige Erschließung der Reichtümer der Donaumonarchie an Menschen und Gütern“; „die Weltgeltung deutscher Kultur und die einheitliche Weltwirtschaftspolitik der Mittelmächte und ihrer Bundesgenossen“. (S. III.) Während Friedrich List noch „um die Wende der achtzehnhundertvierziger Jahre von der Überlegenheit der österreichischen Industrie gegenüber jener des Zollvereins“ (S. 130) sprechen konnte, erkennt Pistor an, daß mit der Reichsgründung „auf dem einstigen Gemengel von Mittel- und Kleinstaaten, dank glänzender Organisation größten Stiles . . .“, nachdem „eine vollkommen gefestigte und genügend breite Basis der Entwicklung gesichert war“, „Deutschland begann, als wirtschaftlicher Faktor emporzublühen“ (S. 130). Diese Feststellung führt den Autor zu der Anerkennung der Tatsache, daß Österreich-Ungarn seinen großen Anteil an der Weltwirtschaft gewinnen könne durch Zusammenschluß mit Deutschland: „es handelt sich nicht . . . um die Anhäufung von eroberten Gebieten . . ., sondern um die Schaffung großer, gemeinsamer Entwicklungssphären von Kultur, Wirtschaft und darauf fußend von politischer Macht nach innen und außen“. (S. 133.)

„Nach dem Kriege wird vermutlich die alte Erscheinung Platz greifen, daß Deutschland kraft seiner weitreichenden Beziehungen und der ihm zur Verfügung stehenden Basis von hochstehender, unternehmender Bevölkerung und leistungsfähiger Produktion an den besseren oder schlechteren Absatzchancen einen unvergleichlich größeren Anteil nimmt, als die Monarchie . . . Ein solcher Ausblick kann den österreichischen Volkswirt kaum befriedigen und gerade jetzt, wo die alte Donaumonarchie in diesem Weltkriege, dank dem Opfermut und der Begeisterung seiner Bevölkerung, eine Kraft bewiesen hat, die es einer glücklicheren Zukunft als Vergangenheit würdig erscheinen ließe, müßte doch die Regierung, das Unternehmertum und das Volk alles daran setzen, um bessere Grundlagen zu schaffen und vor allem die Monarchie aus ihren, im Verhältnis zu anderen Großstaaten bescheidenen Verhältnissen und Beziehungen zum internationalen Verkehr und Handel herauszureißen, das Reich enger an den Weltverkehr, die Weltkonjunkturen und die damit verbundene günstigere Verteilung der Risiken zu knüpfen. Nur mit einer kleinen Änderung in der Steuerung unserer Volkswirtschaft, begleitet von lebenswürdigen Gesten und Worten gegenüber Deutschland wird sich dieser notwendige Umschwung in den Grundlagen der Volkswirtschaft und ihren Beziehungen nicht herbeiführen lassen.“ (S. 134.)

„Es ist . . . eine grundlegende Änderung des KurSES um sonotwendiger, als möglicherweise nach der wunderbaren Windstille, die während des Krieges und unter dem militärischen Regime in den nationalen und politischen Kämpfen der Monarchie eingetreten ist, angefacht wie von einer Windskraut, der alte politische Sader in erhöhtem Maße wieder emporwächst, mit seinen lähmenden Wirkungen alle wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen überspinnt und so die Bestrebungen der Expansion weitgehend hemmt. Da kann nur der Blick auf Weltchicksale und Weltverkehr, auf gesteigerte Einflußnahme hieran den Völkern Österreich-Ungarns jene Energie des Zielbewußtseins geben, die zur Regeneration von Staat und Volkswirtschaft notwendig ist, die zu den bewundernswerten, für den Krieg gebrachten Opfern freiwillig und freudig neue Opfer wie für einen zweiten großen Krieg fügt, um den erzielten Erfolg wirtschaftlich voll auszunützen, um Österreich-Ungarn neben Deutschland zu stellen, um auch unserem Vaterlande aus diesem Kampf um die Weltherrschaft und um den Einfluß auf seine zukünftige Entwicklung den gebührenden Anteil zu sichern. Als dieses Mittel der Neuorientierung Österreichs in Außen- und Innenpolitik, sowie in seiner Volkswirtschaft, kommt nur das viel erörterte Instrument der wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland in Betracht.“ (S. 134/5.)

Ristor untersucht dann „die Aufgaben und Bedingungen“, denen die Verständigung zu entsprechen hätte, „weil sich danach der Grad der gegenseitigen Annäherung bestimmt“. Mit anderen Worten, der Autor rollt nun das Problem in seiner Gesamtheit vor unseren Augen auf. Spricht er auch vom österreichisch-ungarischen Standpunkte, so gilt das meiste im wesentlichen auch für uns Reichsdeutsche, die, wenn auch in industrieller Beziehung besser gestellt wie die Donaumonarchie, mit dieser einen großen gemeinsamen Gesichtspunkt hat. „Es sollte sich . . . die Möglichkeit ergeben, von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer und von der Ostsee, ja vielleicht sogar von weiter nördlich ausgehend bis zum Mitteländischen Meere ein wirtschaftlich geeintes europäisches Zentralgebiet zu schaffen,

das wie ein zentrales, europäisches Kartell für den Einfluß auf die Weltwirtschaft alle Vorteile moderner Organisation im großen besäße!" (S. 135).

Bistors Schrift gipfelt in einer einstimmig beschlossenen Kundgebung der Wiener Handelskammer vom 21. Oktober 1915, der sich eine Reihe von österreichischen Handelskammern und wirtschaftlicher Körperschaften angeschlossen haben, worin die Einleitung von Vorarbeiten zur Ergänzung der militärischen und politischen Bundesgenossenschaft Österreich-Ungarns durch ein wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reiche gefordert wird. (S. 173). Dann heißt es:

„Um sich die nötige Handlungsfreiheit für den Abschluß eines derartigen Bündnisses zu sichern, ist erforderlich, daß sich die beiden Reiche bereits vor dem Beginn der Friedensverhandlungen über die in diesen gemeinsam zu vertretenden wirtschaftlichen Forderungen einigen. Namentlich ist zu verlangen, daß das Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte bereits in den Friedensverträgen mit dritten Staaten Anerkennung findet und jede Anfechtung unter dem Titel der Meistbegünstigung von vornherein ausgeschlossen wird.

In der Monarchie selbst bildet eine der Hauptvoraussetzungen der angestrebten neuartigen Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland und zu dem übrigen Auslande ein neuer Ausgleichsvertrag mit Ungarn, welcher den Neugealtungen entsprechend Rechnung trägt. Die bisherigen Ausgleichsvereinbarungen werden zu diesem Zwecke in wichtigen Punkten, namentlich in den die Handels- und Verkehrspolitik betreffenden, wesentliche Änderungen und Ergänzungen erfahren müssen. Jedenfalls wird diesmal die oft geforderte „langfristige“ Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn erfolgen müssen, ohne die irgendeine weiter ausgreifende Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche nicht denkbar ist.“ (S. 174.)

Nach Durchsicht des eben besprochenen letzten Kapitels, in dem ein Österreicher auch die Vorteile sachlich dargelegt, die Deutschland aus dem Wirtschaftsbündnis fließen würden, empfehle ich die Lektüre einer kleinen Schrift von Karl Kumpmann „Friedrich List, als Prophet des neuen Deutschland“. Tübingen 1915 Verlag von F. C. W. Mohr (Paul Siebeck). Auf wenigen Seiten (15—22), die dem Zollverein und der politischen Einigung Deutschlands gewidmet sind und den weiteren (S. 22—31), die von den Voraussetzungen für Deutschlands Machtstellung handeln, findet man eigentlich alles, um die Frage im ganzen beurteilen zu können und einen Begriff davon zu bekommen, wie weit die deutschen Belange mit denen Österreich-Ungarns gleichlaufen, wo unser Interesse kühler ist, wo das der Österreicher mehr im Vordergrund steht. Die Aufmerksamkeit wird dadurch auf den deutschen Zollverein gelenkt und auf die Frage, warum er sich nach der Reichsgründung und der Schöpfung des Zweibundes durch Bismarck und Andrássy nicht mehr weiter entwickeln konnte. Wir erinnern uns auch, daß zur Zeit Caprivis (1892) Annäherungsverhandlungen zwischen den Verbündeten scheiterten. Sehr lesenswert ist darum in diesem Zusammenhange die knappe historische Übersicht, die Philipowitsch in seiner bei S. Hirzel 1914 in Leipzig erschienenen Schrift „Ein Wirtschafts- und Zollverband“ über die Schicksale der Vereinigungsbestrebungen gibt. Wir erfahren dort, daß schon der bedeutende österreichische Finanzminister

Bruch in den 1850er Jahren für den Wirtschaftsbund eintrat,<sup>\*)</sup> lernen auch die Zusammenhänge der Ideen mit den Bestrebungen der Freihändler kennen.

Nun hat sich der Leser zu entscheiden, ob er den historisch-politischen oder den historisch-geographischen Weg zur weiteren Durchforschung des Problems beschreiten will. Ich selbst möchte vorschlagen, nimmehrer Robert Siegers, des Grazer Geographen 1915 bei V. G. Teubner erschienene höchst interessante Schrift „Die geographischen Grundlagen der österreichischen Monarchie und ihrer Außenpolitik“ (54 Seiten) zu lesen. Solch eine geographische Abschweifung ist besonders bei Österreich-Ungarn ganz gut, weil sie uns zwingt, uns einmal zu vergegenwärtigen, welch ein politisches Chaos bei unserm Bundesgenossen herrscht. Das Buch ist wichtig für uns, einmal, weil es die natürlichen (geographischen) Grundlagen der Habsburgischen Monarchie aufzeigt und den Beweis liefert, daß ihr Zusammenhalt durchaus nicht allein auf die historische Entwicklung seiner Völker und durch die alteingewurzelte Dynastie bewirkt wird, wie Sven Hedin, Hettner und andere meinen, daß vielmehr eben die geographischen Verhältnisse die Staatbildung außerordentlich begünstigen. Neben der Bedeutung von Donau und Adria wird uns klar, welche elementare Kräfte auf die Gestaltung der inneren Politik der Habsburger wirken und was letzten Endes der Grund dafür ist, wenn diese Politik immer mehr in den Dienst des Slaventums zu treten scheint, jedenfalls seit einem halben Jahrhundert den Einfluß des deutschen Elementes zurückdrängt. Es sind tiefe Einblicke, die uns hier der Geograph in die Politik eröffnet!

Mitten in die Politik führt uns wieder der Münchener Professor der Rechte, Dr. Karl Freiherr von Stengel, mit seinem Aufsatz „Zur Frage der wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn.“ Verlag von Georg D. W. Callwey in München 1915 (44 Seiten). Das Verdienst dieser Arbeit liegt in der großzügigen und klaren Darstellung der Interessen, die Deutschland und Österreich-Ungarn an einer wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung auf mitteleuropäischer Grundlage haben. Im ersten und zweiten Abschnitt werden uns als Folgen des Dreißigjährigen Krieges vorgeführt die Zerreißung des Deutschtums in ein protestantisches und katholisches Lager und die Befreiung Frankreichs und Englands von deutscher Machtentfaltung. Ein weiteres Kapitel zeigt den langsamen inneren Wiederaufbau der Macht durch wirtschaftlichen Zusammenschluß unter Preußens Führung, wobei auch besonders auf die Arbeit von Philipowitsch hingewiesen wird. Die große Bedeutung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn wird dem Leser veranschaulicht; er bekommt eine feste Vorstellung von dem Begriffe des „Ausgleichs“. „An die wirtschaftliche Einigung zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn wird daher erst dann ernstlich herangegangen werden können, wenn das Deutsche Reich bei Verhandlungen über eine solche Einigung Österreich-Ungarn als eine dauernd geschlossene Einheit sich gegenüber hat.“ (S. 39).

Aus den angeführten Arbeiten werden die Leser schon ein völlig abgerundetes Bild von dem haben, was von dem Mitteleuropa Raumanns praktisch übrig bleibt. Bei Befolgung meiner Lesemethode wird jeder gebildete Laie bei einem Kostenaufwand von etwa 3—4 Mark, mit denen er zu seinem Buchhändler

<sup>\*)</sup> Vgl. den Aufsatz „Das Vermächtnis Brucks“ von Dr. Karl Buchheim in Heft 12 d. Jahrg. 1917.

geht, sich selbst in den Stand setzen, in wenigen Stunden anregender Lektüre das ganze so wichtige wirtschafts-politische Zentralproblem unsrer Zukunft zu überblicken, er kaufe nur die vier in diesem Aufsatz empfohlenen Schriften der Reihe nach, wie es angegeben ist. Das Lesen der Schrift Kaumanns wird sie aber um so mehr interessieren, als sie nun befähigt sind, seinen Gedankengängen kritisch zu folgen, was ja bei einem so glänzenden Schriftsteller immer seinen eigenen Reiz hat. — Aber dem Leser werden aus der bisherigen Darstellung der Literatur mehr oder minder nebelhaft auch die Hindernisse emporgewachsen sein, die der Verwirklichung jedes mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses entgegenstehen, geschweige denn allen den Projekten, die über ein „Mitteleuropa“ zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ hinsteuern. — Von diesen Hemmnissen nur so viel: man vermeide in Politik und Presse das mitteleuropäische Ziel mit neuen und unnatürlichen Hemmnissen zu belasten. Will die Zeitschrift „Mitteleuropa“ wirklich dieser schönen Aufgabe dienen, so höre sie auf, Propaganda für die österreichische Lösung der Polenfrage zu treiben. Der Schlüssel zur Lösung unseres Problems liegt in Auflösung, einmal der wirtschaftlichen Spannung zwischen Osterreich und Ungarn und daneben in der Beseitigung des Pessimismus bei den Deutschen Osterreichs. Wollte die Zeitschrift „Mitteleuropa“ über diese schwierigen Dinge als unbefangener und sorgender Freund allseitig und sachlich berichten, sie würde nicht nur eine große Lücke in der Literatur ausfüllen, sondern sich auch am dereinstigen Zustandekommen Mitteleuropas ein unschätzbbares Verdienst erwerben.



## Das Ernährungssystem auf der Anklagebank

Von Professor Wittschewsky



Das abgelaufene Jahr lag schon in den letzten Zügen, als es unserem Ernährungssystem hinterrücks noch einen Stieb versetzte, der mehr Genugtuung als Bedauern auslöste. Denn die Unzulänglichkeit der Ernährungspolitik hatte zu lange wie ein Alp auf uns gelastet, um seine öffentliche Bloßstellung nicht wie das Schuldgeständnis einer alten Sünderin schadenfroh zur Kenntnis zu nehmen. Die Rache eines Jahres der Unterernährung erscheint der ungeheuren Mehrheit der Reichsbevölkerung wie eine längst herbeigewünschte Quittung über begangene Fehler und geduldete Versäumnisse, wie ein zeitgemäßer Anruf an die Anwälte des Volkswohles, zuzuschauen, daß das gefährdete Ernährungswesen nicht in noch schlimmere Verhängnisse hineingerät. Die bekannte Beschwerdeschrift des Neuköllner Magistrats über seine höchst bedauerlichen Erfahrungen bei seinem nicht ganz einwandfreien Kampfe um